

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur **Jonny Michew.**
Wien. 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe

22. Jahrgang. Wien, Montag, 10. Februar 1919. No 67.

Kinder nach St. Gallen. Der katholische Volksverein in St. Gallen hat eine Aktion eingeleitet, durch welche arme erholungsbedürftige Wiener Kinder für die Dauer von 6 bis 8 Wochen unentgeltliche Aufnahme bei Schweizer Familien finden sollen. In Wien hat sich für diese Aktion ein Komitee gebildet, das aus dem Fürstbischof von Wien, dem Bürgermeister, dem Staatssekretär des Staatsamtes für Volksgesundheit und dem Schweizer Gesandten besteht. Wie uns mitgeteilt wird, geht der erste Kindertransport für welchen der Berner Bundesrat die Einreisebewilligung erteilt hat, unter der Leitung des städtischen Jugendamtes, das mit der Durchführung der Aktion betraut wurde, Mittwoch, 12. d.M. 12 Uhr 20 Min. mittags ab.

Kartoffelabgabe. Mittwoch, Donnerstag und Freitag werden im 6., 7. und 10. Bezirk Kartoffeln und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte M bis U der Kartoffelkarte abgegeben.

2. Ausgabe

22. Jahrgang. Wien, Montag, 10. Februar 1919. No 68.

Die Berufsunteroffiziersfrage. Sowie die Gagisten der ehemaligen Wehrmacht, sind auch die Berufsunteroffiziere - über 12.000 in Deutschösterreich - durch die geänderten Verhältnisse in ihrer Zukunft auf das schwerste bedroht. Das Gesetz vom 10. April 1872, wonach jeder länger dienende Unteroffizier mit vollstreckten 12. Dienstjahren den Anspruch auf das Anstellungsberechtigungs-Zertifikat erlangt, wurde im Laufe der Jahre durch vielfache Änderungen und Abbröckelungen derart verunglimpft, dass die Anstellungen immer schwieriger wurden. Berufsunteroffiziere verlangen nun, dass die neue Gesetzgebung dieses Gesetz in seiner ursprünglichen Form wieder herstellt und die allzulange Wartezeit abgekürzt wird. Der sozialdemokratische Nationalrat Forstner hat in einer der letzten Sitzungen des Staatsangestelltenausschusses die Aufhebung dieses die Zukunft der Zertifikatisten sicherstellenden Gesetzes verlangt. Die Berufsunteroffiziere haben in einer grossen am 4. Februar abend tenen Versammlung dagegen Protest erhoben, und bestehen unbedingt auf ihrem erworbenen Rechte, da doch das Zertifikat ein zuverlässiges Qualifikationsdokument analog dem Heifezeugnis des absolvierten Mittelschülers ist. Berufsunteroffiziere verlangen, dass sie teilweise in der neuen Wehrmacht untergebracht, die mit Zertifikat beteiligten nach gerechter Reihenfolge - nach Dienatalter und Fachkenntnissen - bei den staatlichen als auch bei den öffentlichen Anstellungen in Gemeinde und Land zuerst berücksichtigt und die übrigen mit - den heutigen Preisverhältnissen entsprechend - Abfertigungen für ihre dem Staate geleisteten Dienst zufrriedengestellt werden. Namens der christlichsozialen Partei hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner, dem auch diese Forderungen vorgelegt wurden, die weitgehendste Unterstützung zugesagt.

Zeitbeförderungen. Der Stadtrat hat ernannt: Im Stande der Rechtswändigen Beateen: Dr. Rematus Delanfoy, Dr. Oswald Folkel und Dr. Josef Fischer zu Magistratssekretären; Karl Lachmayer, Theodor Gunkel, Mauricius Stollewerk, Dr. Ludwig Jungwirth, Dr. Georg Bogner, Dr. Hans Buchmann, Richard Krausel, Dr. Josef Schindler, Dr. Kasimir Reisinger, Dr. Adolf Stempf, Dr. Friedrich Edler von Tepser und Dr. Ignatz Pichler zu Magistratssekretärkommissären; Dr. Rudolf Eckenberger, Dr. Franz Kerschbaumer, Dr. Eduard Skalko, Rudolf Schinwell und Dr. Robert Walchensteiner zu Magistratskommissären. Im Steueramte: Heinrich Wöber, Karl Gruebl, Heinrich Mattia, Anton Kundratsch, Adolf Gassler, Alfred Fechner, Alfred Mayer, Julius Krasser, Robert Kropl, Alois Weinbappel, Alois Lehman, Leo Sokora, Ludwig Kappel, Rudolf Schrantz und Johann Prinz zu Kontrolloren; Engelbert Leibl, Adolf Hranicka, Rudolf Ballek, Albert Egle, Johann Löhlein, Georg Gimbozia, Richard Balaban, Ferdinand Posselt, Friedrich Strobl, Josef Schuller und Johann Schlor zu Adjunkten; August Kalaner, Oswald Frieß, Johann Schwarz und Alois Löss zu Officialen.

Lehrererennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Rudolf Brunngraber zum Volksschullehrer 1. Klasse, Leopoldine Schwerwacher zur Volksschullehrerin 1. Klasse, Marie Kotzerek zur Volksschullehrerin 2. Klasse und Marie Kröbinger zur Lehrerin für weibliche Handarbeiten.

Diplome für Armenräte. Nach einem Antrage des StR. Deonant wurde den Armenräten des 19. Bezirkes Karl Fitzmannsdorfer, Eduard Vonderheid, Johann Kantner, Josef Higl, Josef Mitschke, Franz Schwach und Jakob Grobstaler und nach einem Antrage des StR. Schmid den Armenräten des 20. Bezirkes Friedrich Bauer, Wenzel Bischof, Franz Kullmann, Julius Plesek, Eugen Poappel, Gustav Sklenarz, Johann Schmidt, Vinzenz Tuma, Wenzel Wojtech, Gregor Giller und Georg Köppl das Diplom für mehr als 10 jährige verdienstvolle Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege verliehen.

Wiener Kommunalkasse Döbling. Der Gesamteinlagenstand am Ende des Vormonates betrug 20,574.185 Kronen. Eingezahlt wurden von 2387 Parteien 2,198.744 Kronen, rückgezahlt wurden an 1271 Parteien 1,450.071 Kronen. Der Gesamteinlagenstand am Ende des Monats 21,322.857 auf 14,291 Konten. Der Zuwachs beläuft sich auf 748.672 Kronen, der Stand der Einlagen im Scheckverkehr auf 1,128.897, der Stand der ausstehenden Hypothekendarlehen auf 9,275.588 Kronen, der Darlehen auf Wertpapiere auf 53.411 Kronen und der Stand der Wertpapiere (Nominale) 9,013.050 Kronen.

Der Beitritt der Gemeinde Wien zum Wirtschaftsverbande für den Viehverkehr. Mit dem Zerfalle Oesterreichs in mehrer Nationalstaaten ist der Fortbestand der österreichischen Vieh- und Fleischverkehrs Gesellschaft, deren grösste Aktionäre das gewesene Ackerbaministerium und slavische österreichische landwirtschaftliche Unternehmungen und Private waren und an welcher die Gemeinde Wien mit 1,550.000 Kronen beteiligt war, in der bisherigen Form unmöglich geworden. Durch eine blosse Änderung der Statuten, welche dem Umchwunge der politischen Verhältnisse Rechnung trägt, die Gesellschaft aufrecht zu erhalten, ist unmöglich, weil der ganze Verwaltungsapparat auf grossstädtliche Verhältnisse zugeschnitten war. Es bleibt daher kein anderer Ausweg, als die Gesellschaft zu liquidieren. Nun haben einerseits die Gemeinde Wien und andererseits die deutschösterreichischen Länder, die für die Viehlieferungen auf den Wiener Markt hauptsächlich in Betracht kommen, lebhaftes Interesse daran, dass diese Einrichtung nicht

gänzlich verschwinde. Die Gemeinde Wien legt insbesondere mit Rücksicht auf eine entsprechende Fleischversorgung der Bevölkerung einer Interessengemeinschaft der Produzenten und Konsumenten grössten Wert bei. Der Stadtrat hat deshalb auch nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoss beschlossen, einer neuen Organisation beizutreten, die von der zu liquidierenden Gesellschaft alle jene Einrichtungen zu übernehmen hätte, welche für die Ausgestaltung der Versorgung der Stadt Wien mit Vieh und Fleisch notwendig sind. Die neue Gesellschaft, welche den Namen „Deutschösterreichischer Wirtschaftsverband für den Viehverkehr G. m. b. H.“ führt, wird mit einem Kapital von 10 Millionen Kronen gegründet. Die Gemeinde Wien tritt ihr mit einem Kapital von 5 Millionen Kronen bei, die Gemeindeverwaltung wird in die neue Gesellschaft eine entsprechende Anzahl von Vertretern entsenden und gemeinsam mit den Staatsämtern für Landwirtschaft und Volkernährung die Betahrung der Gesellschaft und ihrer Betriebe kontrollieren.

Die Briefe der Schweizer Kinder. „Meine Lieben Wiener Kinder,“ so beginnen alle Briefe - 43 an der Zahl -, welche die Schweizer Kinder den Liebesgaben an die Kinder Wiens mitgaben. Aus den Briefen spricht das aufrichtigste Mitleid, das die Schweizer Jugend mit den Wiener Kindern hat. Die Briefe sprechen davon, dass die Schweizer Kinder von der Not in Wien hörten, wo es nur 20 kg Kohle für die Woche gibt, wo ein Ei Fr 1.60 kostet, wo für 1 kg Kartoffel Fr 10.- und für 1 kg Aepfeln Fr 25.- gezahlt werden müssten. In einem Briefe mit der Ueberschrift „Mein lieber Kamerad!“ sendet ein Knabe der Volksschule in Wiesbaden sein Spielzeug einem Wiener Kinde. Leider konnten diese Spielzeugen infolge des bestehenden Ausfuhrverbotes nicht nach Wien gebracht werden. Auch Briefe in Gedichtform beglückwünschten die Sendung. Das Schweizer Volk kann auf seine Kinder, wie die Durchsicht der lieben und gutherzigen Briefe zeigt, stolz sein.